

Resolution

der Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer vom 26. Juni 2017

40.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe sichern verlässlich in Niederösterreich die Versorgung mit besten Lebensmitteln, prägen eine einzigartige Kulturlandschaft und schaffen Unverzichtbares für die Erhaltung eines lebenswerten Ländlichen Raumes. Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Eigenverantwortung und das selbst erarbeitete Vertrauen der Konsumenten sind die Stärken dieser bäuerlichen Familienbetriebe, welche von der europäischen wie österreichischen Politik gestärkt und unterstützt werden müssen, um diese Leistungen auch für die Zukunft zu erhalten.

Forderungen der LK NÖ zur Bewältigung des Klimawandels:

Viele Betriebe in NÖ erfahren gerade jetzt schmerzlich die Auswirkungen des Klimawandels. Die geringen Niederschläge führen zu massiven Produktionsausfällen und Einkommensverlusten. Die Absicherung regionaler Produktion und damit verbunden zahlreicher inländischer Verarbeitungsbetriebe muss daher ein gesamtwirtschaftliches Interesse, genauso wie die Sicherung der bäuerlichen Einkommen, darstellen. Dazu sind folgende umfassende Maßnahmen zum Ausbau der Wasserversorgung und Produktionssicherung, aber auch Einkommensabsicherung notwendig:

- Aufbauend auf einer vom Land Niederösterreich unterstützten Grundlagenstudie braucht es rasch eine konkrete Machbarkeitsstudie, die aufzeigt, wo und wie eine überregionale Wasserversorgung, vorzugsweise aus der Donau für die Bewässerung umgesetzt werden kann.
- Notwendige Mittel für die Umsetzung solcher Projekte sind in weiterer Folge bereitzustellen, um eine Realisierung zu ermöglichen.
- Die bestehenden Ernteversicherungsmodelle sollen weiterentwickelt und besonders die Dürreindexversicherung zügig auf weitere Kulturen (Roggen, Triticale, Kartoffel,) ausgeweitet werden.
- Die Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Prämienunterstützung sind um die notwendigen Mittel für diese Ausweitung aufzustocken.
- Um leistbare Versicherungsprämien anbieten zu können, sollte die Prämienbezuschung von 50 % auf 2/3 der Prämie angehoben werden. Alternativ zu dieser Erhöhung würde eine Befreiung von der Versicherungssteuer einen ähnlich positiven Effekt bewirken.
- Projekte zur Züchtung und Selektion von an die geänderten Klimabedingungen angepasster Sorten sind voranzutreiben und zu unterstützen.

Forderungen der LK NÖ zur GAP 2021+:

Die Direktzahlungen und Leistungsabgeltungen sind auch für die kommende GAP unverzichtbar. Deren Abwicklung ist zu vereinfachen und für die Bewältigung von Marktschwächen sind flexible Tools zu entwickeln, um die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe in den benachteiligten Gebieten - genauso wie in den ehemaligen Gunstlagen - sicherzustellen. Eine entsprechende Mittelausstattung auf europäischer wie nationaler Ebene muss daher gewährleistet sein, um diese für die Gesellschaft unverzichtbaren Leistungen zu erhalten. Den Bäuerinnen und Bauern steht ein fairer Ausgleich für die vielfältigen Leistungen zu.

Forderungen der LK NÖ zur Stärkung der Bäuerinnen und Bauern in der Wertschöpfungskette:

Die bäuerlichen Betriebe in Österreich stehen oft sehr großen Unternehmen im täglichen Wirtschaften gegenüber (multinationalen Konzernen im Dünge-, Saatgut- und Pflanzenschutzbereich; großen Verarbeitern und Vermarktern und drei großen Lebensmitteleinzelhändlern). Diese Marktposition des Handels wird auch immer wieder dazu missbraucht, über die ohnedies strengen gesetzlichen Standards hinausgehende Einschränkungen bei Betriebsmitteln oder Produktionsverfahren vorzugeben. Gleichzeitig werden aber Produkte aus Ländern innerhalb und außerhalb der EU vermarktet, deren Standards weder unseren gesetzlichen, noch diesen privatrechtlichen Anforderungen entsprechen. Die Landwirtschaftskammer fordert daher rechtliche und agrarpolitische Maßnahmen, um die Position der Produzenten in der Wertschöpfungskette zu stärken. In einem freien Markt für Produkte sind einheitliche Regeln für Produktionsverfahren unverzichtbar, nationale Alleingänge bei Verboten von Pflanzenschutzmitteln sind inakzeptabel. Die Regelungen zur Deklaration von Produkten sind darauf auszurichten, dass eine Täuschung der Konsumenten ausgeschlossen werden kann. Transparenz im Hinblick auf Herkunft und Produktionsstandards ist eine Verpflichtung gegenüber Konsumenten sowie Bauern. Die LK NÖ, unterstützt von LH-Stv. Dr. Pernkopf, wird in regelmäßigen „Lebensmittelchecks“ im Handel stichprobenweise die Transparenz in der Herkunftskennzeichnung prüfen.

Forderungen der LK NÖ zu AMA-Marketing und zur Herkunftskennzeichnung:

Die österreichischen Konsumenten sind von Qualität und Wert der inländischen Lebensmittel zu recht überzeugt. Die AMA-Marketing GesmbH ist gesetzlich beauftragt, die Konsumenten über den Wert der agrarischen Produkte und Lebensmittel zu informieren. Mit dem AMA-Gütesiegel wird sehr erfolgreich ein Mehrwert von rund 70-80 Mio. Euro jährlich erzielt, dies ist für die Zukunft abzusichern und auszubauen.

- Der Aufsichtsrat der AMA-Marketing GesmbH ist weiterhin sozialpartnerschaftlich zu besetzen, um damit die Konsumenten- wie Produzenteninteressen repräsentativ einzubringen und den gesetzlichen Aufgaben abseits der tagtäglichen Parteipolitik weiterhin erfolgreich nachkommen zu können.
- Das AMA-Gütesiegel ist weiterhin im Sinne einer Leitstrategie zu forcieren und deren Verwendung auszubauen. LH-Stv. Dr. Pernkopf setzt im aktuellen Agrarpaket dahingehend wieder einen Meilenstein.
- Alle Bundeseinrichtungen werden aufgefordert, die in Kooperation mit der AMA-Marketing durchgeführte freiwillige Kennzeichnung „Gut zu wissen“ in allen ihren Gemeinschaftsverpflegungen einzuführen.

Forderung der LK NÖ zu erneuerbarer Energie:

Europa hat ein klares Bekenntnis zu den Klimazielen von Paris und damit den Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2050 abgelegt. Die österreichische Umsetzung muss im Rahmen einer Klima- und Energiestrategie erfolgen. In dieser Strategie müssen die erneuerbaren Energieträger, aber insbesondere Energie aus Biomasse (fest, flüssig und gasförmig) weiter forciert und auch die stoffliche Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffen weiter entwickelt werden (Bioökonomiestrategie), um fossile Energieträger zu ersetzen.

Niederösterreich übernimmt mit dem Verbot für Ölheizungen in Neubauten ab 1. Jänner 2019 eine Vorreiterrolle. Die Ausweitung eines solchen Verbotes auf das gesamte Bundesgebiet, eingebettet in eine mittel- bis langfristige österreichweite Strategie für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und zur Vermeidung von Atomstrom-Importen sind in eine solchen Klimastrategie aufzunehmen.

Es wird abermals gefordert, dass die „kleine Ökostromgesetz-Novelle“ mit kostendeckenden Nachfolgerstarifen für Biogasanlagen, einem deutlich erhöhten Mittelvolumen und einer praxistauglichen Anwendbarkeit, insbesondere des Biogas-Technologieabfindungsgesetzes, umgehend in Kraft gesetzt wird.

Forderung der LK NÖ zu einer umfassenden Digitalisierungsstrategie am Land:

Die Digitalisierung hat großes Anwendungspotenzial für eine ressourcen- und klimaschonende, besonders aber effiziente Land- und Forstwirtschaft. Der Ausbau einer modernen „digitalen Infrastruktur“ ist zügig notwendig, um den ländlichen Regionen Chancen zu eröffnen bzw. diese attraktiv zu halten. Ein rascher Ausbau und eine kostengünstige Zurverfügungstellung schneller Internetverbindungen in Form einer in der öffentlichen Hand bleibenden Infrastruktur ist dazu erforderlich. Dies wird vom Land NÖ in der NÖ Breitbandstrategie (durch die NÖ Glasfaserinfrastrukturges.m.b.H – NÖGIG) verfolgt, in vier Modellregionen bereits erfolgreich umgesetzt und ist weiter zu forcieren.

Forderung der LK NÖ zum Mindestbeitrag in der Sozialversicherung und zu den GSBG-Mitteln:

Im Rahmen der sozialversicherungsrechtlichen „großen Option“ kommt derzeit der rund doppelte Mindestbeitrag von 3.393 Euro im Vergleich zum pauschalen Versicherungswertsystem zur Anwendung. Diese Ungleichbehandlung ist nicht argumentierbar. Die LK NÖ fordert daher - auch angesichts der Änderungen durch die neue Einheitswerthauptfeststellung – eine Angleichung bei den an die SVB zu entrichtenden Mindestbeiträgen.

Überdies sollen die der SVB - zur Finanzierung der Gebietskrankenkassen - entzogenen GSBG-Mittel (Tabaksteuer) in Höhe von jährlich 30 Millionen Euro ab 1.1.2018 wieder dauerhaft der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zugeführt werden.

Forderung der LK NÖ zur Besteuerung von Entschädigungen:

Für Leitungsdienstbarkeiten ausbezahlte Entschädigungen unterliegen grundsätzlich der Einkommensteuer. Aufgrund des öffentlichen Interesses insbes. an Strom- und Gasleitungen, hat zumindest eine Vereinfachung bei der Berechnung und Entrichtung der Einkommensteuer zu erfolgen.

Die LK NÖ fordert daher wiederholt, den Abzug der Steuer durch das Energieversorgungsunternehmen gleich bei der Auszahlung des Entschädigungsbetrages (Endbesteuerung mit Veranlagungsoption), damit es nicht im Nachhinein zu umfangreichen Diskussionen hinsichtlich tatsächlicher Steuerhöhe bzw. richtiger Einkommensteuererklärung kommt.

Forderungen der LK NÖ für eine partnerschaftliche Interessenvertretung und Politik:

Die LK NÖ ist sich bewusst, dass eine zukunftsorientierte Politik und Interessenvertretung auch die Sichtweise und das Engagement der Frauen braucht. Die LK NÖ sowie alle Landwirtschaftskammern in Österreich unterstützen daher die Initiative der ARGE Bäuerinnen Österreich, in den agrarischen und politischen Entscheidungsgremien den Frauenanteil gezielt zu forcieren.

Wir fordern alle Fraktionen und Parteien auf, vermehrt Frauen in ihren Gremien zu berücksichtigen.

Forderungen der LK NÖ zum Umgang mit Beutegreifern:

Einige europarechtlich streng geschützte Tierarten (insbes. Biber, Fischotter und Ziesel) verursachen große wirtschaftliche Schäden in der Land- und Forstwirtschaft, ohne dass entsprechende Entschädigungen gewährt werden. Zu diesen Problemtierarten ist nunmehr „im öffentlichen Interesse des Naturschutzes“ der Wolf hinzugekommen. Es gilt daher sachliche Informationen über den Wolf in NÖ zu sammeln und Strategien im Umgang mit diesem - oft nicht mehr scheuen - Beutegreifer zu finden. Ausgehend von einer einheitlichen österreichischen Strategie ist in einem Diskussionsprozess auf europäischer Ebene einzutreten, welcher national den rechtlichen Spielraum für eine Lösung der Probleme ermöglicht.

Die Haltung von Vieh auf der Weide muss in allen Regionen weiterhin wirtschaftlich und ohne Gefährdung der persönlichen Sicherheit möglich sein. Schutzmaßnahmen durch Zäunung oder Herdenschutzhunde sind teuer und selten möglich. Die LK NÖ fordert daher ein praktisches Wolfsmanagement, die (finanzielle) Unterstützung der betroffenen Grundeigentümer bei Herdenschutzmaßnahmen und Wolfsrissen und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen zur Bestandsregulierung.